

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**4. März
2024**

1. Bäume statt Bagger: Umweltgruppe pflanzte im bedrohten Wald
2. Kommentar: Krass schizophrene Gegend
3. Online-Petition für ein besseres Bergrecht
4. Vorsicht: Die LEAG will Dein Land
5. Die Dürre ist nach sechs Jahren endlich vorbei
6. „Cottbuser Ostsee“: Verdunstungsverlust wird in diesem Sommer steigen
7. Nach Widerspruch: Landesdirektion Sachsen muss Kosten für Akteneinsicht senken

1. Bäume statt Bagger: Umweltgruppe pflanzte im bedrohten Wald



Am Wochenende pflanzten Lausitzer Naturschützer bei Rohne (Ostsachsen) zahlreiche junge Bäume, obwohl der Wald durch den Braunkohlentagebau Nochten akut bedroht ist. Zahlreiche umliegende Flächen wurden vom Kohlekonzern LEAG bereits für den Tagebau gerodet.

„Wir sind optimistisch, dass die von der LEAG beantragte Enteignung für den Tagebau nicht mehr rechtmäßig möglich ist. Dann wird unsere grüne Insel später helfen, die umgebenden Flächen wieder durch Pflanzen und Tiere zu besiedeln.“ erklärt René Schuster von der Umweltgruppe Cottbus die Motivation.

Der Einladung mitzuhelfen waren am Wochenende Menschen aus Schleife, Weißwasser, Senftenberg und Cottbus gefolgt. Sie pflanzten unter Anleitung eines Fachmannes zahlreiche Eichen, Ebereschen und Haselsträucher unter den Kiefernbestand. Der nach dem Winter feuchte Boden bietet aktuell gute Bedingungen für das Anwachsen der jungen Gehölze. Mit dieser weiteren Pflanzung wurde der bereits begonnene Waldumbau im von der Umweltgruppe gepachteten Wald fortgesetzt.

Die Eigentümer des Waldstückes haben sich bereits vor Jahren entschieden, ihn [nicht an den Kohlekonzern LEAG zu verkaufen](#), der an dieser Stelle seinen Tagebau Nochten vergrößern will. Der Konzern hat beim Sächsischen Oberbergamt eine Enteignung der Fläche beantragt, die bisher nicht erfolgt ist. (Foto: A. Mertsching)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

2. Kommentar:

Krass schizophrene Gegend – Arbeitskräftemangel in der Lausitz

Zeitungsartikel mit der Überschrift „Personalnot in der Lausitz“ gab es schon im Oktober 2016. Mindestens so alt ist die Erkenntnis also, dass es der Lausitz nicht an Arbeitsplätzen, sondern an Arbeitskräften fehlt. Für Kohlelobby und Landesregierung kam und kommt diese Wahrheit ungelegen. Aber im Ignorieren von Wahrheiten haben beide viel Übung. Es wurde einfach weiter das Mantra heruntergebetet, die Region brauche erst neue Industriearbeitsplätze, bevor sie aus der Kohle aussteigen könne.

Inzwischen kann man beobachten, was tatsächlich passiert. Am 11. Januar 2024 eröffnete der Bundeskanzler höchstpersönlich die erste Halle des neuen Bahnwerkes, das die Bundespolitik ja wegen der Forderungen der Region nach neuen Industriearbeitsplätzen hier angesiedelt hat. 1.200 solche Plätze gilt es zu besetzen. Aber die Berg- und Energiearbeiter mit ihrer passenden Ausbildung und Tarifstruktur stehen nicht zur Verfügung. Denn so schnell ist der Kohleausstieg ja gar nicht gewollt. Das Bahnwerk stellt natürlich trotzdem ein und wirbt die Leute dafür im regionalen Mittelstand ab. Die Kritik dafür bekommt nicht etwa die LEAG oder der späte Kohleausstieg. Nein, die Bahn ist schuld und natürlich die Bundespolitik.

So schrieb die lokale Umsonst-Zeitung „[Märkischer Bote](#)“ dazu am 9. Dezember 2023, der Strukturwandel sei „von Dilettanten gestrickt“ und nur „Märchen-Ökonomen“ würden glauben, dass Arbeitskräfte aus dem Energie- in den Verkehrssektor wechseln würden. Kaum ist die Forderung aus der Region auch nur teilweise erfüllt, waren es also plötzlich die da oben, wenn sie nicht zur Realität passt.

Zur Erinnerung: Es waren Lausitzer Kommunalpolitiker (die sogenannte „Lausitzrunde“), stets hofiert vom „Märkischen Boten“ und anderen Medien, die möglichst schnell neue Industriearbeitsplätze und gleichzeitig einen möglichst späten Kohleausstieg gefordert haben. Die jahrelang Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung der Jugend im Fall eines Kohleausstiegs suggeriert hatten, um mit dem kollektiven Trauma der 1990er Jahre die Lausitzer Hirne aus- und eine mobilisierbare Wut auf die Bundesregierung anzuschalten. So entstanden Überschriften wie „Damit 2020 nicht das zweite 1990 wird“. Zeitweise schient es einen politischen Wettlauf darum zu geben, wer die höchste Anzahl von der Kohle abhängiger Arbeitsplätze nennt. [Versuche der Versachlichung](#) wurden totgeschwiegen. Im Wahljahr 2024 stehen nun viele wie ratlose Zauberlehrlinge vor der jahrelang selbst angestachelten Wut.

Im Februar 2024 bezifferte ein [Papier der BTU Cottbus](#), dass bis 2038 (ganz ohne den viel diskutierten Kupferabbau in Spremberg) allein in der brandenburgischen Lausitz 55.000 Arbeitsplätze fehlen. Bei der LEAG arbeiten direkt etwa 7.000, und die teilen sich auch noch zwischen Brandenburg und Sachsen auf. Absurderweise entstand das Papier im Auftrag der Brandenburger Staatskanzlei, die diese Wahrheit immer bekämpft hat. Auf Betreiben der brandenburgischen und sächsischen Regierung wurden noch 2019 aus [gutachterlich ermittelten](#) etwa 13.000 direkten, indirekten und induzierten Kohlearbeitsplätzen in der Lausitz ([inklusive LMBV!](#)) plötzlich im [Abschlussbericht der Kohlekommission](#) 24.000 gemacht. Also die Zahl, die beide Landesregierungen zuvor [nicht etwa ermittelt, sondern einfach beschlossen hatten](#). Wie wäre es, wenn Herr Woidke Verantwortung übernimmt und die von ihm versprochenen frei werdenden Arbeitskräfte auch liefert? Zumindest er selbst könnte doch zurücktreten und in einem Lausitzer Handwerksbetrieb die Not lindern helfen.

Die Stimmung gegen „Klima-Propaganda“ (09.12.23) oder gegen Brandmauern nach rechts (27.01.24), die der Märkische Bote in seiner wöchentlichen Kolumne so fleißig päppelt, wird jedenfalls nicht dabei helfen, die Lausitzer Arbeitsplätze mit Zuwandernden zu besetzen. Woanders gibt es schließlich auch Arbeitskräftemangel.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

3. Online-Petition für ein besseres Bergrecht

Von mehreren Bürgerinitiativen wurde am 21. Januar eine [Online-Petition für eine Modernisierung des Bundesberggesetzes](#) gestartet. So sollen keine Grundstücke mehr für Kohleabbau enteignet werden können, und Rückstellungen für eine ordnungsgemäße Rekultivierung verpflichtend gesichert werden.

Die Forderungen orientieren sich an der Erfurter Erklärung, welche im Jahr 2020 von der Grünen Liga in Zusammenarbeit mehrerer Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen ausgearbeitet wurde. Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung hatte die Forderung 2021 bereits aufgegriffen und eine Modernisierung des Bergrechtes vereinbart. Passiert ist allerdings bisher nichts.

4. Vorsicht: Die LEAG will Dein Land

Die LEAG wirbt bei Geldgebern mit ihren 33.000 Hektar Flächeneigentum, die sie mehr oder weniger vollständig und [teilweise unter Missachtung geltender Braunkohlenpläne](#) für ihre „GigaWattFactory“ verplant hat. Doch der größte private Grundeigentümer Ostdeutschlands zu sein ist dem Konzern immer noch nicht genug. In ihrem monatlichen Newsletter vom Januar 2024 ruft die LEAG nun dazu auf, ihr auch Flächen außerhalb ihrer Tagebaue zu verkaufen oder zu verpachten.

Interesse zeigt sie insbesondere an „unbebauten Wald- und Forstflächen“ und „Flächen außerhalb von Ausschlussflächen (Abstand Siedlungsgebiete mind. 300 Meter)“. Klar ist: wer Flächeneigentümer ist und darauf Erneuerbare Energien entwickeln (oder entwickelt haben) will, ist nicht auf Deals mit der LEAG angewiesen und kann sich die Projektentwickler und Investoren aussuchen. Nicht zuletzt verschiedene Bürgergenossenschaften. Wir raten davon ab, einem [Oligarchen](#) den Einstieg ins Lausitzer Energiegeschäft durch private Flächen noch weiter zu vergolden.

5. Die Dürre ist nach sechs Jahren endlich vorbei

Endlich, nach sechs Jahren (!), ist das seit 2018 andauernde Dürre-Ereignis zu Ende. Der Dürremonitor zeigt auch in Tiefen bis 1,80 Meter bundesweit keinen Wassermangel mehr an, nicht einmal mehr in der Lausitz, die sich in der Darstellung so lange tiefbraun gehalten hatte. Gebraucht hat es dazu den (nun auch) in Brandenburg [bisher nassesten gemessenen Winter](#). Von Oktober bis Februar fiel durchgehend überdurchschnittlich viel Regen.

Den Bodenschichten unter 1,80 Meter Tiefe wird von den daran Forschenden ein langes Gedächtnis nachgesagt. Es ist der Gesellschaft zu wünschen, dass sie diese und mögliche weitere Dürren genauso lange auf dem Schirm hat.

Bleibt also ober- wie unterirdisch die Frage wie es weitergeht: Oberirdisch startet die Natur mit besten Wasservorräten in das Frühjahr. Für Land- und Forstwirte wird viel davon abhängen, wie viel neuen Trockenstress der folgende Sommer bringt. Hydrologen fragen eher nach den nächsten Wintern, in denen viel oder wenig neues Grundwasser entstehen wird. Und während an der Oberfläche oft Extremereignisse über das Ausmaß von Schäden entscheiden, kommt es unten auf den langfristigen Durchschnitt an. Bei dem sind sich die Klimamodelle für unsere Region bisher nicht einig. Es bleibt also spannend, um es mal positiv auszudrücken.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

6. „Cottbuser Ostsee“: Verdunstungsverlust wird in diesem Sommer steigen



Erstmals konnte der ehemalige Tagebau Cottbus-Nord über mehrere Monate mit der Wassermenge geflutet werden, die der Zuleiter hergibt. Die bevorstehende geschlossene Wasserfläche wird öffentlich gefeiert, als wäre der See damit praktisch schon voll. Er fülle sich „im Rekordtempo“ war in den letzten Monaten mehrfach zu lesen. Mindestens zwei Dinge werden dabei vergessen:

Als die Flutung begann, hatte die LEAG eine geschlossene Wasserfläche von 1.900 Hektar für das Ende des Jahres 2022 vorausgesagt.

Fünfzehn Monate Verspätung sind sicher nicht rekordverdächtig schnell. Und rechnet man nicht ab Beginn der Flutung im April 2019, sondern ab der Flutungsbereitschaft im November 2018, sind es sogar 18 Monate. Schließlich ging es damals ausschließlich wegen Wassermangel später los.

Viel wichtiger aber ist, dass die verbleibenden zwei Meter Wasserhöhe die schwierigsten sind. Erst ab jetzt wirken im Sommer die vollen Verdunstungsverluste der riesigen Flachwasserzone. Einen Vorgeschmack lieferte bereits der Februar 2024 in Cottbus mit einer noch nie dagewesenen Temperaturabweichung von plus 7,0° C gegenüber dem Klimamittel 1961/90. Und der Grundwasserzustrom nimmt immer mehr ab: In den vergangenen Jahren war der Wasserstand ja auch gestiegen, wenn gar nicht geflutet wurde, weil das Grundwasser natürlich am tiefsten Punkt zusammenfließt. Je geringer das Gefälle zwischen Seewasser und umliegendem Grundwasserstand ist, umso weniger Antrieb hat das Grundwasser in den See zu strömen und umso mehr hängt der weitere Anstieg im See nur noch von der Flutung aus der Spree ab. Es wird mehr als diesen einen feuchten Winter brauchen, um den Endwasserstand zu erreichen.

Der "Cottbuser Ostsee wird für die Leag noch lange Sanierungsfall und eine Wasserbaustelle bleiben wird – vermutlich bis in die 2030er-Jahre hinein", [berichtet die Lausitzer Rundschau](#) (€). (Fotos: ideengruen Markus Pichlmaier)

7. Nach Widerspruch:

Landesdirektion Sachsen muss Kosten für Akteneinsicht senken

Im November 2023 verlangte die Landesdirektion Sachsen von der Umweltgruppe Cottbus 741,75 Euro für die Mitteilung von acht Zahlen zum Wasserverbrauch von Braunkohlekraftwerken. Die Umweltgruppe war [in Widerspruch gegen den Kostenbescheid gegangen](#). Im Februar 2024 musste die Landesdirektion nun ihren Bescheid korrigieren und erstattete uns 554,12 Euro zurück.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--